



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 59. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. April 2026, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Beate Nielsen (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Wiebke Zweig (CDU)

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anne Riecke (FDP)

Dr. Michael Schunck (SSW), in Vertretung von Jette Waldinger-Thiering

Weitere Abgeordnete

Marion Schiefer (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Fachgespräch zur Umsetzung der Landtagsbeschlüsse vom 24. November 2023 (Drucksache 20/1617) und 24. Mai 2024 (Drucksache 20/2144) zur Bekämpfung des Antisemitismus an Hochschulen sowie Situation und Betroffenheit jüdischer Studierender und Lehrender.....	6
2. Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe.....	13
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	
Drucksache 20/4194.....	
3. Vorstellung des Sachstandsberichts zum Modellvorhaben „Aufbau und Weiterentwicklung Multiprofessionelle Zusammenarbeit am Standort Schule in Kooperation von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Bildung“ durch die Landesregierung.....	16
4. Berichte der Bildungsministerin über	
a) die Ergebnisse der 5. Wissenschaftsministerkonferenz am 25. März 2026, der 7. Bildungsministerkonferenz am 26. März 2026 und der 15. Kulturministerkonferenz am 27. März 2026.....	18
b) die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf schulische Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027.....	19
c) Bericht der Landesregierung über die Reizgas-Attacken an mehreren Schulen in Schleswig-Holstein.....	19
Berichts Antrag der Abgeordneten Anne Riecke (FDP) Umdruck 20/6417	
5. Effiziente datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung sicherstellen...21	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/4074	
Schule der Zukunft: Datengestützt und schülerzentriert Qualität weiterentwickeln und das Wohlbefinden und die Chancengerechtigkeit von Schülerinnen und Schülern verbessern.....	21
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	
Drucksache 20/4261	
6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften.....	22
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/3756	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/6260	

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW
Umdruck 20/6349

7. a) Situation und Perspektiven von Schülerinnen und Schülern mit Neurodivergenzen in Schleswig-Holstein.....24

Bericht der Landesregierung
Drucksache 20/3489

b) Besserer Umgang mit Neurodivergenzen an Schule.....24

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/3870

8. Entwicklung der Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Ersten Allgemeinen Schulabschluss (ESA) in Schleswig-Holstein.....24

Bericht der Landesregierung
Drucksache 20/3752

9. Information/Kenntnisnahme..... 25

Umdruck 20/6296 – CAU-Gebäudesanierung
Umdruck 20/6315 – Satzungsänderung HAW Kiel
Umdruck 20/6394 – Unterrichtsausfall (PUSH)

10. Verschiedenes..... 26

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Fachgespräch zur
Umsetzung der Landtagsbeschlüsse vom 24. November 2023
(Drucksache [20/1617](#)) und 24. Mai 2024 (Drucksache [20/2144](#)) zur
Bekämpfung des Antisemitismus an Hochschulen sowie Situa-
tion und Betroffenheit jüdischer Studierender und Lehrender**

hierzu: Umdrucke [20/6031](#), [20/6032](#), [20/6340](#), [20/6369](#), [20/6393](#),
[20/6418](#)

Landeshochschulkonferenz

Prof. Dr. Bernd Redmann, LHK-Vorsitzender,

hierzu: Handreichung des Wissenschaftsministeriums, Umdruck [20/6416](#)

Herr Dr. Redmann führt aus, das Thema Bekämpfung des Antisemitismus und Gewährleistung des Schutzes von jüdischen Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden werde in der Landeshochschulkonferenz regelmäßig besprochen und habe Priorität. Die von Hochschulen und Wissenschaftsministerium gemeinsam erstellte Handreichung gebe hilfreiche Informationen und Handlungsempfehlungen und sei geeignet, die Sensibilisierung in den Hochschulen weiter voranzutreiben (Umdruck [20/6416](#)).

An der Europa-Universität Flensburg seien am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus auf einer zugefrorenen Eisfläche auf dem Campus nachts Hakenkreuze angebracht worden. Die Ermittlungen gegen die minderjährigen Täter, die keine Hochschulangehörigen seien, liefen noch. An der HAW Kiel habe es jüngst einen israelbezogenen Antisemitismusvorfall gegeben, der hochschulintern bearbeitet werde und von den betroffenen Studierenden auch bei der Polizei angezeigt worden sei.

Auch wenn sich die Strukturen und Prozesse für die Bearbeitung von Antisemitismusfällen weiterentwickelt hätten, seien die Beratungs- und Funktionsstellen (Gleichstellung, Diversität), die ihre Tätigkeit oftmals im Nebenamt ausübten, gerade an kleineren Hochschulen ausgelastet und zum Teil überlastet; für eine wirksame, professionelle Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs- und Diversitätsarbeit an den Hochschulen fehle die dafür erforderliche personelle Ausstattung.

Es gelte, an den Hochschulen eine gute Balance zu finden, jeglicher Form von Antisemitismus (präventiv) entgegenzuwirken und wachsam zu sein und gleichzeitig einen offenen Diskurs zu ermöglichen. Um die Bedeutung jüdischen Lebens für die Gesellschaft noch stärker zum Ausdruck zu bringen, sollte die Edukationsarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen, stärker ausgebaut werden – was ebenfalls Ressourcen erfordere. Ein positives Beispiel seien die an der Musikhochschule Lübeck im letzten Jahr durchgeführten und vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung finanzierten Edukationskonzerte des Jewish Chamber Orchestra München, an denen jeweils 300 Schülerinnen und Schüler teilgenommen hätten.

Christian-Albrechts-Universität Kiel

Eddi Steinfeld-Mehrtens, Beauftragte_r für Diversität der CAU, Umdruck [20/6393](#)

Eddi Steinfeld-Mehrtens stellt die Stellungnahme der CAU vor (Umdruck [20/6393](#)), die sich in ihrem Leitbild das Ziel setze, Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Antidiskriminierung umzusetzen und präventive Maßnahmen in allen Bereichen des universitären Lebens systematisch zu fördern; dazu gehöre selbstverständlich auch der Einsatz gegen Antisemitismus (gemeinsame Diversitätstage, Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus). Entscheidend sei die Bekämpfung von und Vorbeugung gegen Antisemitismus an Schulen; diesem Zweck diene das Zertifikat Antisemitismuskritische Bildung im Zentrum für Lehrkräftebildung; wünschenswert seien solche Zertifikate für weitere Berufsfelder, zum Beispiel Jura oder Medizin.

Europa-Universität Flensburg

Prof. Dr. Iulia Patrut, Vizepräsidentin für Forschung & Wissenstransfer

Frau Dr. Patrut gibt einen Überblick über die Handlungsfelder der EUF zu dem Thema. Ziel des Handlungsfelds Transfer sei, jüdisches Leben sichtbarer zu machen; in diesem Herbst plane

man die Durchführung einer jüdischen Campuswoche. Studierende der EUF hätten Porträtfilme zu Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde gedreht. Lehramtsstudierende entwickelten Unterrichtsmaterial im Jüdischen Museum in Rendsburg mit dem Ziel, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal im Schulleben das Jüdische Museum besuche.

Beim Handlungsfeld Antisemitismusprävention und Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Lehre und Forschung gehe es darum, diese Inhalte in den Lehramtsstudiengängen curricular stärker zu verankern. In der Forschung habe es einen großen BMBF-Verbund zum Thema Antisemitismusprävention im europäischen Schulunterricht gegeben; es gehe darum, die fatale Verknüpfung zwischen der Geschichte des Antisemitismus und der Geschichte Europas zu thematisieren.

Ein weiteres Handlungsfeld betreffe die Schaffung von Anlauf-, Melde- und Beratungsstellen; dies erfordere Ressourcen.

Das Handlungsfeld Sensibilisierung und Prävention betreffe niedrigschwellige Aktivitäten, die auf die Einhaltung von Handlungskodizes und die Aufrechterhaltung eines Campusdialogs abzielten.

LIDA-SH

Joshua Vogel

Herr Vogel verweist auf die Stellungnahme des Verbands Jüdischer Studierender, Umdruck [20/6418](#). Je größer Institutionen seien, desto schwieriger sei es, Strukturen zu etablieren, die geeignet seien, das, was alltäglich passiere, sichtbar und sprechbar zu machen. Antisemitismus begegne Betroffenen alltäglich in einer Häufigkeit und Permanenz, die geeignet seien, die Perspektive auf die Welt und das eigene Leben nachhaltig zu verändern. Dieses unzählbare Phänomen führe dazu, dass Antisemitismus gar nicht mehr gemeldet, berichtet oder erzählt werde oder werden könne. Daher sei es wichtig, Räume zu schaffen, in denen Betroffene das aussprechen könnten, was sie täglich erlebten, und die Institutionskultur so weiterentwickelt werde, dass es selbstverständlich sei, über problematische Dinge zu sprechen. Weder Wegschauen noch das Auffahren großer Geschütze seien zielführend (zum Beispiel Ausschluss vom Unterricht), und natürlich setze eine nachhaltige Veränderung Veränderungsbereitschaft

und Ressourcen voraus. Es müsse alles darangesetzt werden, jüdischen Studierenden eine unbeeinträchtigte Teilhabemöglichkeit an Bildung und am Arbeitsmarkt zu garantieren.

Abgeordnete Schiefer erläutert das Anliegen des Landtags und erwartet die Umsetzung der einstimmig gefassten Landtagsbeschlüsse. Jeder Staatsbedienstete müsse die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv schützen und verteidigen. Jüdische Studierende beklagten, dass sich ihre Situation nicht verbessert habe, die Meinungsäußerungen, die ihnen täglich entgegenschlugen, zu einer Diskursverschiebung zu ihren Lasten führten und Juden- oder Israel-feindlichkeit aufgrund der Vorgänge im Nahen Osten immer mehr akzeptiert werde. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, von innen heraus auf eine Kulturveränderung hinzuarbeiten, damit auch jüdische Studierende die Hochschule als inklusiven Ort erlebten und unbeeinträchtigt am Hochschulleben teilhaben könnten. Die Abgeordnete kritisiert, dass die Erarbeitung der Handreichung 15 Monate gedauert habe.

Abgeordnete Herdejürgen hält die Handreichung für nicht ausreichend und fragt nach konkreten Möglichkeiten, als Schule, Hochschule, Politik und Gesellschaft tätig zu werden und ein gesundes, angstfreies Klima und eine hohe Sensibilität für das Thema zu erreichen.

Herr Vogel appelliert

- an die Lehrperson, Verantwortung zu übernehmen und bei einseitigen oder grenzwertigen Äußerungen sofort einzuschreiten, aufklärend zu wirken, eine differenzierte Auseinandersetzung zu ermöglichen und antisemitischen Untertönen oder Verschwörungstheorien konsequent entgegenzutreten,
- an die Politik, die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen; die Institution Diversitätsbeauftragter könne nicht alle Aufgaben, die immer mehr und komplexer würden, erfüllen,
- an die Hochschulleitung, Schutzräume zu schaffen, in denen sich Betroffene entlang von geteilten Erfahrungen gegenseitig stärken könnten.

Herr Dr. Redmann betont – neben Strukturen und Prozessen – die Kommunikationskultur an den Hochschulen. Ziel müsse sein, mit der ganzen Hochschulcommunity ins Gespräch zu kommen und zur Sensibilisierung und Resilienz innerhalb des Hochschulsystems beizutragen (zum Beispiel bei der Semestereröffnung, in Fortbildungen und Seminaren). Die Handlungsempfehlungen der Landeshochschulkonferenz zum Thema Machtmissbrauch und Diskriminierung, zu dem das Bildungsministerium die Stelle eines Vertrauensanwalts einrichten werde, seien teilweise auch auf die Bekämpfung von Antisemitismus anwendbar. Die Musikhochschule Lübeck habe ein Vertrauensteam eingesetzt, dem eine Psychologin, die gleichzeitig Anwältin sei, angehöre und das niedrigschwellig und außerhalb der Hochschulfunktionen bei Problemen und Konfliktfällen Gespräche ermögliche.

Frau Dr. Patrut macht darauf aufmerksam, dass Hochschulen keine gewöhnlichen Unternehmen oder Behörden seien, sondern Orte, an denen sich Menschen über Wissensinhalte austauschten, und das Thema Antisemitismus und die Sichtbarmachung jüdischen Lebens teilweise stark in die Fächerkultur hineinragten. Es sei wichtig, jüdisches Leben in der Hochschulöffentlichkeit stärker sichtbar zu machen (zum Beispiel durch Ringvorlesungen oder Berichte jüdischer Persönlichkeiten oder Holocaustüberlebender). Bedauerlicherweise scheiterten solche Veranstaltungen an fehlenden finanziellen Ressourcen, die zunehmend auch für Sicherheitsmaßnahmen erforderlich seien. Wünschenswert wäre ein Fonds, mit dem man Hochschulveranstaltungen zum jüdischen Leben mit jüdischen Akteuren finanzieren könnte, um Schutz, Zugehörigkeitsgefühl, Partizipation und Inklusivität zu stärken.

Eddi Steinfeld-Mehrtens macht sich dafür stark, zielgruppengerechte Weiterbildungsformate für unterschiedliche Statusgruppen anzubieten, auch für Verwaltungsmitarbeitende der Hochschulen (zum Beispiel durch KOMMA). Hochschulen könnten Antisemitismus nur im Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft bekämpfen. Die Zahlen von Antidiskriminierung seien gestiegen, ließen sich aber nur schwer quantifizieren.

Abgeordnete Zweig würdigt die bestehenden Maßnahmen gegen Antisemitismus und wünscht sich weitere (hochschulübergreifende) Projekte.

Abgeordnete Riecke bittet um nähere Informationen zu Art und Umfang möglicher zusätzlicher finanzieller Ressourcen.

Frau Dr. Patrut äußert, welche strukturelle Finanzierung die Hochschulen bräuchten, müsse man gesondert erfassen. Mit dem von ihr vorgeschlagenen Fonds sollten den Hochschulen zusätzliche Mittel mit einer klaren Zweckbindung bereitgestellt werden.

Herr Dr. Redmann macht auf die Schwierigkeiten insbesondere kleinerer Hochschulen aufmerksam, Aufgaben der Beratung, Konfliktlösung und Fortbildung ehrenamtlich wahrzunehmen. Die Landeshochschulkonferenz werde sich mit den Themen Ressourcen, hochschulübergreifende Fortbildungsveranstaltungen, hochschulübergreifender Antisemitismustag und Erfahrungsaustausch/Good-Practice-Beispiele weiter befassen.

Nach Auffassung der Abgeordneten Schiefer ist Voraussetzung für die Errichtung eines Fonds ein Konzept, das wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutz jüdischer Studierender enthalte.

Eddi Steinfeld-Mehrtens weist darauf hin, dass das bundesweite Kompetenznetzwerk Antisemitismusprävention an Hochschulen ein solches Konzept erarbeite. Andere Bundesländer, zum Beispiel Hessen und Nordrhein-Westfalen, stellten ihren Hochschulen einen Sonderfonds zur Bekämpfung von Antisemitismus zur Verfügung. Denkbar wäre die Errichtung eines landesweiten Fonds, an dem nicht nur die Hochschulen, sondern auch die Zivilgesellschaft partizipieren könnte.

Herr Vogel begrüßt den Vorschlag, Antisemitismusbekämpfung in Hochschulen und Zivilgesellschaft zusammenzudenken. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sei es harte Arbeit und koste Zeit, wieder Vertrauen in der jüdischen Community aufzubauen. Wenn es dauere, bis antisemitische Schmierereien an einer großen Institution wie der CAU bemerkt, kritisiert und beseitigt würden, wirke das nicht vertrauensbildend. Und es brauche außer den Diversitätsbeauftragten weitere Ressourcen und Unterstützungsstrukturen (zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Beratungsstellen), um alltäglichen Ressentiments oder Diskriminierungen wirksam entgegenwirken zu können.

Zebra e.V.

Madó Dreher

Madó Dreher beklagt, dass Betroffene häufig alleingelassen würden und die Verantwortung an sie zurückgeschoben werde, anstatt dass die Lehrkraft ihre Verantwortung wahrnehme und

Vorfälle unmittelbar gemeldet und innerhalb der Schule bearbeitet würden. Um eine sekundäre Viktimisierung zu vermeiden und Antisemitismus wirksam entgegenzuwirken, müssten Kommunikation, Sensibilität und Wissen gestärkt werden.

Folgende Institutionen haben schriftliche Stellungnahmen vorgelegt:

- Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus beim Bildungsministerium, Umdruck [20/6369](#)
- Universität zu Lübeck, Umdruck [20/6340](#)
- Verband Jüdischer Studierender Nord, Umdruck [20/6418](#)

2. Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache [20/4194](#)

(überwiesen am 19. März 2026 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss und den Bildungsausschuss)

Sozialstaatssekretärin Schiller-Tobies führt in den Gesetzentwurf ein.

Abgeordnete Herdejürgen fragt, inwieweit der Gesetzentwurf die Änderung anderer Gesetze notwendig mache.

Abgeordneter Knöfler setzt sich dafür ein, dass Geflüchtete – unabhängig von einer Berufsausbildung – über das 18. Lebensjahr hinaus bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs berufliche Schulen besuchen und Schulabschlüsse erwerben könnten.

Abgeordneter Habersaat äußert sich in die gleiche Richtung und bittet die Landesregierung, die Frage einer Berufsschulpflicht oder eines Berufsschulrechts bis zum 21. Lebensjahr zu prüfen. Er bittet die Landesregierung außerdem um nähere Informationen zu den Themen Förderung der Elternarbeit, Erleichterung des Schulabschlusses für Volljährige, Ausweitung des herkunftssprachlichen Unterrichts, bedarfsgerechte Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache – bei gleichzeitiger Anhebung der Gruppengröße im DaZ-Unterricht – und Steigerung der Schulabschlussquote von Schülerinnen und Schülern ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Staatssekretärin Schiller-Tobies führt aus, es gehe um die Weiterentwicklung des Integrations- und Teilhabegesetzes; es sei nicht vorgesehen, infolgedessen weitere Gesetze zu ändern. Die Frage der Ausweitung der Berufsschulpflicht und die Anhebung der Altersgrenze von 18 auf 21 Jahre prüfe die Landesregierung.

Herr Valentin, stellvertretender Referatsleiter im Bildungsministerium, kündigt an, die Elternarbeit durch weitere Projekte zu stärken.

Staatssekretärin Schiller-Tobies macht darauf aufmerksam, dass es teilweise Elternnetzwerk-treffen gebe. Das Ziel, den herkunftssprachlichen Unterricht auszubauen (§ 5 Absatz 6 des Gesetzentwurfs) sei nicht neu – in welchen Sprachen und an welchen Standorten, werde man dem Ausschuss schriftlich mitteilen. Zur Sprachförderung gebe es sehr viele Angebote, die bei erhöhtem Bedarf entsprechend ausgebaut würden.

Abgeordnete Riecke regt an, die herkunftssprachliche Prüfung als Ersatzprüfung für eine andere Prüfung zu werten und eine längere Zeit für die Herkunftssprachenprüfung in Anspruch zu nehmen.

Abgeordnete Herdejürgen fragt noch einmal, wo Unterstützungsmaßnahmen rechtlich konkretisiert würden, deren Verfolgung in diesem Gesetz in sehr unbestimmter Form als Ziel formuliert werde.

Abgeordnete Röpcke begrüßt, dass sowohl neue Bereiche in das Gesetz aufgenommen als auch vorhandene Strukturen festgeschrieben würden. Sie bittet um nähere Informationen zur Förderung der migrationssensiblen Kompetenz in der Weiterbildung (Seite 11 des Gesetzentwurfs).

Staatssekretärin Schiller-Tobies betont die Bedeutung von migrationssensiblen Teilhabemöglichkeiten. Es gehe darum, in der aktuellen (haushalts-)politischen Lage bestimmte Ziele und Maßnahmen programmatisch festzuschreiben und bestehende Förderprogramme und -strukturen abzusichern; um welche konkreten Maßnahmen und Programme es gehe, werde sie dem Ausschuss schriftlich mitteilen. Mit dem Gesetz würden alle staatlichen Stellen verpflichtet, Informationen möglichst einfach und in verschiedenen Sprachen zugänglich zu machen.

Abgeordneter Balasus macht darauf aufmerksam, dass der Ausbau des DaZ-Unterrichts in Schleswig-Holstein eine Erfolgsgeschichte und das Erreichen eines Schulabschlusses für Flüchtlinge aufgrund nachvollziehbarer Faktoren oftmals eine große Herausforderung sei.

Abgeordneter Krüger weist noch einmal darauf hin, dass DaZ inzwischen ein eigenes Unterrichtsfach sei und der Bedarf das Angebot an DaZ-Lehrkräften überstiegen habe.

Abgeordneter Habersaat wiederholt seinen Vorschlag, nicht nur Deutschlehrkräfte, sondern auch Fremdsprachenlehrkräfte in die Lage zu versetzen, DaZ-Unterricht zu erteilen, um die Lehrkräfteknappheit in diesem Bereich beseitigen und tatsächlich bedarfsgerecht auf bestehende Bedarfe reagieren zu können.

Bildungsstaatssekretär von der Heide weist darauf hin, dass Schleswig-Holstein von der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz eine große Bestätigung für das Modell mit dem DaZ-Basisangebot und Aufbauangebot bekommen habe. In der Weiterbildungsstrategie des Landes spielten die Themen Grundbildung, STAFF, Rassismusbekämpfung und Demokratiebildung eine wesentliche Rolle.

Der Bildungsausschuss schließt sich der vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen schriftlichen Anhörung an.

3. Vorstellung des Sachstandsberichts zum Modellvorhaben „Aufbau und Weiterentwicklung Multiprofessionelle Zusammenarbeit am Standort Schule in Kooperation von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Bildung“ durch die Landesregierung

Umdruck [20/6362](#)

Bildungsstaatssekretär von der Heide und Sozialstaatssekretär Albig stellen das Modellprojekt vor, Umdruck [20/6362](#).

Abgeordnete Herdejürgen hält es für unglücklich, wenn die Modellschulen nach Abschluss des Modellvorhabens im Jahr 2029 nicht so weiterarbeiten könnten. Außerdem bittet sie um Erläuterung, warum die im Rahmen der Abfrage übermittelten Daten nicht hinreichend valide seien (Seite 10 des Berichts).

Abgeordneter Habersaat beklagt, dass beim Thema Schulbegleitung/Schulassistentz nach rund 15 Jahren der Diskussion offenbar immer noch kein Durchbruch erzielt werde und das Sozialministerium erst jetzt „die Modalitäten der unterschiedlichen bestehenden Pool-Modelle“ erhebe (Seite 5).

Abgeordnete Röpcke legt Wert darauf, dass das Land bei seinen Überlegungen wesentlich die Erfahrungen der Hansestadt Lübeck mit Pool-Lösungen zugrunde lege.

Staatssekretär von der Heide stellt klar, dass sinnvolle Projekte nicht abgebrochen werden sollten und der vorgelegte Zeitplan angesichts der Komplexität des Themas sehr ambitioniert sei. Es gehe darum, in den Modellregionen ins Tun zu kommen.

Frau Reimers, Mitarbeiterin im Sozialministerium, äußert, der Schwerpunkt der Datenauswertung zur Schulbegleitung habe darauf gelegen, wie viele Fälle es in den unterschiedlichen Schularten und Förderschwerpunkten gebe und ob es sich um eine Schulbegleitung nach SGB VIII oder SGB IX handele. Zur Weiterentwicklung der Pool-Modelle reichten die abgefragten Parameter nicht aus. Daher habe man mithilfe der wissenschaftlichen Expertise von Prof. Dr. Dworschak und in enger Abstimmung mit den Kommunen einen umfassenden Fragebogen erarbeitet und Ende März 2026 eine Umfrage gestartet, die Anfang Mai 2026 abgeschlossen sein solle. Es gehe darum, den Fragen nachzugehen, nach welchen Indikatoren Gesamtbudgets/Schulbudgets gebildet würden, welchen Qualitätsanforderungen das Pooling

unterliege und welche Personal- und Sachkosten im Einzelnen abgerechnet würden, und die von neun örtlichen Jugendhilfeträgern praktizierten unterschiedlichen Pooling-Modelle genau anzuschauen.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

4. Berichte der Bildungsministerin über

a) die Ergebnisse der 5. Wissenschaftsministerkonferenz am 25. März 2026, der 7. Bildungsministerkonferenz am 26. März 2026 und der 15. Kulturministerkonferenz am 27. März 2026

Ministerin Dr. Stenke berichtet, in Berlin auf der 5. Wissenschaftsministerkonferenz am 25. März 2026 hätten die Themen Resilienz im Wissenschaftssystem, Hightech Agenda, Innovationsfreiheitsgesetz, Themen der Hochschulmedizin und der sozialversicherungsrechtliche Status von Honorarkräften im Bildungsbereich (Herrenberg-Urteil) im Mittelpunkt gestanden, auf der 7. Bildungsministerkonferenz am 26. März 2026 die Social-Media-Nutzung von Kindern und Jugendlichen und der Bund-Länder-Arbeitsprozess nach dem IQB-Bildungstrend 2024; außerdem habe an dieser Sitzung die Bundesbildungsministerin über die Verschiebung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns im Rahmen des Digitalpakts 2.0 vom 1. Januar 2025 auf den 1. Januar 2026 und die zweistufige Reform des SGB VIII berichtet.

Mit dem Thema Lehrerbildung, zu dem ein Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission vorliege, wolle sich die Kultusministerkonferenz im Oktober 2026 weiter befassen (gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, Überarbeitung der Standards der Lehrkräftebildung); die Schaffung eines zusätzlichen pädagogischen Amtes in Schule sei im Länderkreis hochumstritten und aktuell nicht mehrheitsfähig.

Die 15. Kulturministerkonferenz am 27. März 2026 habe sich mit der Kulturstiftung der Länder, der Deutschen Digitalen Bibliothek, bei der der Bund seinen Beitrag zur Finanzierung gekürzt habe, und der Zukunft des kulturellen Erbes befasst und eine Koordinierungsgruppe eingesetzt, um ein sichtbares und klar strukturiertes Verfahren bei Restitutionsanliegen im Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten zu etablieren. Die Schiedsgerichtsbarkeit zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes habe ihre Arbeit aufgenommen; kurzfristig solle eine Informationsveranstaltung für Kulturgut bewahrende Einrichtungen stattfinden; gleichzeitig arbeiteten die Länder weiterhin an einem Konzept zur Stärkung der Provenienzforschung. Im Rahmen des 6. Zyklus für die Eintragungen in das nationale Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes sei ein Beschluss über die vom Fachkomitee zurückgestellten Anträge getroffen worden; folgende fünf Kulturformen würden mit dem Herstellen des Einver-

nehmens von BKM und AA in das Verzeichnis eingeschrieben: Schaustellerkultur auf Volksfesten in Deutschland, Herrenschneiderhandwerk, Traditionelle Kleine Küstenfischerei an der Ostseeküste und in den Boddengewässern, Martinstradition im Rheinland, Bolzplatzkultur.

Abschließend teilt die Ministerin mit, dass sie als Präsidentin des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz benannt worden sei.

b) die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf schulische Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027

Auf Fragen des Vorsitzenden antwortet Ministerin Dr. Stenke, das Land stelle nach Prüfung der Anträge zusätzlich 250 Millionen Euro für Investitionen im schulischen Ganzttag zur Verfügung. Die Gespräche mit den Ersatzschulen zur Neuordnung der Kosten sollten vor den Sommerferien 2026 abgeschlossen werden.

Eine Frage der Abgeordneten Riecke beantwortet sie dahin, grundsätzlich sollten der Elternbeitrag von 135 Euro pro Monat nicht überschritten und keine Zusatzgebühren, zum Beispiel für Instrumentalunterricht, erhoben werden. Sie werde dem Ausschuss das Konzept zur Zuordnung der pauschalen Förderung für Angebote von Kooperationspartnern und außerschulischen Lernorten sowie weitere Informationen zum Ganzttag zur Verfügung stellen.

c) Bericht der Landesregierung über die Reizgas-Attacken an mehreren Schulen in Schleswig-Holstein

Berichts Antrag der Abgeordneten Anne Riecke (FDP)
Umdruck [20/6417](#)

Ministerin Dr. Stenke berichtet, es habe Reizgasvorfälle an der Grund- und Gemeinschaftsschule Tremser Teich in Lübeck, am Wolfgang-Borchert-Gymnasium in Halstenbek und an der Alfred-Nobel-Gemeinschaftsschule in Geesthacht gegeben, in der Regel ausgelöst durch Pfefferspray. In allen drei Fällen hätten die Schulen entsprechend der Maßgaben des Notfallwegweisers gehandelt, im Zusammenspiel mit der Polizei und den Gesundheitsdiensten. Auf Nachfragen der Abgeordneten Riecke erwidert sie, in zwei Fällen seien die Täter nicht ermittelt worden; in einem Fall würden drei 15-jährige Schüler verdächtigt, das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Dem Ministerium lägen keine Erkenntnisse vor, dass Reizgase vermehrt in die Schule mitgenommen würden.

5. Effiziente datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung sicherstellen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache [20/4074](#)

Schule der Zukunft: Datengestützt und schülerzentriert Qualität weiterentwickeln und das Wohlbefinden und die Chancengerechtigkeit von Schülerinnen und Schülern verbessern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache [20/4261](#)

(überwiesen am 19. März 2026)

Der Bildungsausschuss will zu dem Thema am 2. Juli 2026 ein Gespräch mit Prof. Dr. Olaf Köhler führen.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache [20/3756](#)

(überwiesen am 21. November 2025)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umdruck [20/6260](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW

Umdruck [20/6349](#)

hierzu: Umdrucke [20/5734](#), [20/5904](#), [20/5962](#), [20/5970](#), [20/5971](#),
[20/5974](#), [20/5975](#), [20/5989](#), [20/5991](#), [20/5994](#),
[20/6001](#), [20/6011](#), [20/6073](#), [20/6076](#), [20/6162](#)

Abgeordneter Balasus stellt klar, dass man mit der Möglichkeit des Direkteinstiegs dem Lehrkräftemangel begegnen und eine Qualitätsverbesserung in der Fläche herbeiführen und mit diesem Ausnahmeweg in keiner Weise Konkurrenz zur regulären Lehrkräfteausbildung schaffen wolle.

Abgeordneter Habersaat kritisiert, dass die Allianz für Lehrkräftebildung an der Erarbeitung des Gesetzentwurfs nicht beteiligt worden sei und die Koalition auf die Kritik aus der Anhörung nicht eingehe.

Ministerin Dr. Stenke stellt klar, dass man sich mit der Allianz für Lehrkräftebildung zu sehr vielen Themen berate und bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs Einlassungen der Europa-Universität Flensburg berücksichtigt habe. Um kein Zwei-Klassen-System an Schulen entstehen zu lassen, werde man die Anregung aufnehmen und im Verordnungsweg eine Weiterentwicklungsmöglichkeit für Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger vorsehen (A 13).

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und FDP wird der Änderungsantrag der Opposition abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von SPD und FDP wird der Änderungsantrag der Koalition angenommen. Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die

Stimmen von SPD und FDP empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

7. a) Situation und Perspektiven von Schülerinnen und Schülern mit Neurodivergenzen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/3489](#)

(überwiesen am 26. September 2025)

b) Besserer Umgang mit Neurodivergenzen an Schule

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache [20/3870](#)

(überwiesen am 11. Dezember 2025)

hierzu: Umdrucke [20/6048](#), [20/6123](#), [20/6123](#), [20/6195](#), [20/6217](#),
[20/6230](#), [20/6232](#), [20/6233](#), [20/6237](#), [20/6238](#),
[20/6239](#), [20/6240](#), [20/6241](#), [20/6244](#), [20/6247](#),
[20/6248](#), [20/6250](#), [20/6254](#), [20/6256](#), [20/6259](#),
[20/6269](#), [20/6281](#), [20/6289](#), [20/6293](#), [20/6294](#),
[20/6415](#)

und

8. Entwicklung der Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Ersten Allgemeinen Schulabschluss (ESA) in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache [20/3752](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2025 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [20/6046](#), [20/6130](#), [20/6165](#), [20/6183](#), [20/6197](#),
[20/6198](#), [20/6214](#), [20/6218](#), [20/6220](#), [20/6221](#),
[20/6224](#), [20/6227](#), [20/6228](#), [20/6242](#), [20/6243](#),
[20/6245](#), [20/6246](#), [20/6249](#), [20/6255](#)

Der Bildungsausschuss beschließt, zu beiden Themen ein Fachgespräch durchzuführen. Die Fraktionen wollen sich am Rande der Plenartagung im Mai 2026 auf den Teilnehmerkreis verständigen.

9. Information/Kenntnisnahme

- Umdruck [20/6296](#) – CAU-Gebäudesanierung
- Umdruck [20/6315](#) – Satzungsänderung HAW Kiel
- Umdruck [20/6394](#) – Unterrichtsausfall (PUSH)

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

a) Auf Fragen des Vorsitzenden zu den von der Landesregierung beschlossenen 200 zusätzlichen Stellen für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen antwortet Ministerin Dr. Stenke, die Frage, ob diese Stellen dem Instrument „Abordnung Plus“ unterlägen, sei noch nicht abschließend geklärt; sie sei dagegen. Die Schulen entschieden selbst über die Nutzung der zusätzlichen Stunden (Einstellung einer neuen Lehrkraft oder Stundenaufstockung, Einsatz als Fachlehrkraft oder auch Klassenlehrkraft).

b) Nächste Sitzungen:

- 28. Mai 2026, **13 bis 18 Uhr**: u. a. Fachgespräch mit dem Sozialausschuss zum Bericht der Landesregierung Schulbegleitung 2024, Drucksache [20/2643](#) (neu)
- 11. Juni 2026, 14 bis 18 Uhr (u. a. Fachgespräch),
nach dem Ausschuss **18 bis 19 Uhr** Gespräch mit der Projektleitung von WeltWeit-Wissen Kongress 2026, Melanie Bernhard, Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
- 2. Juli 2026, 14 bis 18 Uhr (u. a. Gespräche mit dem Landesarchiv und Prof. Dr. Olaf Köller),
nach dem Ausschuss **18 bis 19 Uhr** Gespräch über die weitere Entwicklung des Promotionskollegs Schleswig-Holstein mit dem Vorstand des PKSH (mit Prof. Dr. Björn Christensen und Prof. Dr. Christiane Hipp)

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 17:52 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer